



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- Mt. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: G. Wollmann, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 10

Charlottenburg, den 4. März 1904

31. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Bollsperr**e besteht über Berlin Fächerfabriken (Tieg u. Strauß, Reichert u. Co., von Markus), Offenbach a. Main (Diegel, Lederwarenfabrik), Schlierbach, Tettau (Sonntag u. Söhne), Tallowitz (Gräfl. Frankenberg'sche Fabrik).

Solbsperr

Alexandrinenthal (Firma Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gerike E. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. d. Oder (Baetsch), Freienorla, Garitz, Gerweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Bogt), Königsfeld, Kranichfeld, Klinau (Abicht), Langwieschen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Westen-Budweis — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steibl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar; in Königsfeld bei Brünn (Mähren): Firma Wollmann u. Cie., beide Emailfabriken für Maler.

Ein soziales Problem.

II.

Ein Mensch hat, wenn seine Familie ihn nicht ernähren, noch die Gesellschaft seine Arbeit gebrauchen kann, nicht das mindeste Recht, irgendwelche Nahrungsmittel zu fordern. An dem großen Gastmahl der Natur ist für ihn kein Kouvert aufgelegt. **Matthias.**

Erfüllt von der brutal-barbarischen Auffassung des englischen Enthaltungspaffen stand die Gesellschaft der Arbeitslosenfrage

bei Beginn ihrer allmählichen Entwicklung gegenüber. Alle die drakonischen Maßregeln, die man in den verschiedenen Ländern dagegen in Anwendung gebracht, zeigen, wie der Geist des malthusianischen Satzes in der Praxis wirkte. Da aber mit allen harten Gewaltmaßregeln die Folgen, die der einmal im Niedergang begriffene kapitalistische Produktionsprozeß zeitigte, nicht für die Dauer zu bannen waren, so mußte sich der Staat im Interesse seiner eigenen Ordnung dazu bequemen, sich in moderner Weise mit dem wichtigen Problem abzufinden. Zunächst war da die Einführung der Armenunterstützung das Palliativmittel, mit welchem dem Pauperismus entgegengewirkt werden sollte. Allein von dem entehrenden Charakter dieser Art Wohltätigkeit, die auf jeden Fall sittlich demoralisierend auf die Empfänger wirkte, ganz abgesehen, konnte man damit keineswegs dem fressenden Krebsübel beikommen, so daß man sich abermals veranlaßt sah, die arbeitsfähigen Armen in Arbeitshäuser zu stecken, in denen harte Arbeit bei kärglicher Kost und furchtbarer Disziplin geleistet werden mußte. Damit begann eine Art Rückfälligkeit in die Barbarei des Mittelalters, so daß uns die Geschichte aus dem Jahre 1808 von einem Dekret Napoleons I. erzählt, welches das Betteln im ganzen Reiche verbot und zugleich anordnete, daß in jedem Departement ein Bettlerdepot einzurichten sei; wer bettelte, wurde dem Depot überwiesen; wer als Landstreicher aufgegriffen wurde, kam in's Gefängnis. Wie wenig indeß auch diese neuerliche Maßnahme half, geht daraus hervor, daß der Polizeipräsident von Paris schon im Jahre 1812 dem Kaiser melden mußte, daß es in der Hauptstadt allein 22 000 Arbeitslose gebe.

Die Folgen von alledem waren nun zunächst Vorschläge, die endlich auf die besondere Form, die die Arbeitslosigkeit angenommen hatte, Rücksicht nahmen. Hierher gehört zunächst der 1819 von Simon de Sismondi

entwickelte Plan, die Unternehmer, nach ihren Berufen geordnet, in Genossenschaften zu organisieren, die dann für die Erhaltung aller ihrer feiernden Arbeiter aufkommen sollten. Im Sinne Carlyle's, der erklärt, die Antwort des Unternehmers, „ich habe meine Arbeiter bezahlt, was geht es mich weiter an“, sei die Antwort Rain's, motivierte er seinen Vorschlag damit, daß der Arbeitgeber den vollen Gewinn aus der Arbeitskraft gezogen habe, weshalb er auch bei Ungunst der Verhältnisse für die Erhaltung seiner Arbeiter aufzukommen habe. Von Schäffle und Wagner, die in gleicher Weise ihre sozialreformatorischen Ideen entwickelten, abgesehen, kam 1818 in Holland General van den Bosch auf den Gedanken, die unbeschäftigten Arbeiter der Industrie dem Landbau dadurch zuzuführen, das man Ackerbaukolonien zur Unterbringung von Beschäftigungslosen errichte. In der Mitte der siebziger Jahre wurde die Idee von Pastor Bodelschwing in Deutschland aufgenommen und auf dessen Anregung 1882 die erste sogenannte Arbeiterkolonie gegründet, die aber als allgemeines und ausreichendes Heilmittel nicht allein deshalb aufgegeben werden mußte, weil immer nur ein kleiner Teil von Beschäftigungslosen untergebracht werden konnte, sondern, weil naturgemäß bei guten wirtschaftlichen Konjunkturen auch die Arbeiter keineswegs in der Landwirtschaft festzuhalten waren.

Ein anderes Mittel ist die durch die Gewerksvereine geübte Selbsthilfe. Gelingen kann hier gewiß nicht werden, daß auf diesem Gebiete, speziell in England, dem Musterstaate der Gewerksvereinsbewegung, ganz Ersprießliches geleistet wurde. Die wöchentlichen Zahlungen, die verschiedene Gewerkschaften an ihre arbeitslosen Mitglieder leisten, sind verschieden. So zahlen z. B. die „Vereinigten Zimmerleute und Schreiner“ in den ersten 12 Wochen der Arbeitslosigkeit 10 Schilling pro Woche, in den folgenden 12 Wochen

6 Schilling, während andererseits in einigen Vereinen der Textilbranche die anfängliche Unterstützung nur 3 Schilling pro Woche beträgt. Das auf solche Art die Leistungen sehr wertvolle waren, sagt uns die englische Statistik für 1891, wonach 202 Gewerksvereine mit zusammen 682,025 Mitgliedern den Betrag von 222,088 Pfund Sterling an ihre Arbeitslosen verteilten. Allein trotz alledem muß auch dieses System als völlig unzureichend bezeichnet werden. „Die Wirksamkeit der Gewerksvereine“, heißt es sehr richtig im Resumé des arbeitsstatistischen Amtes, „ist gegenwärtig der Hauptsache nach auf die gelernten Berufe beschränkt und läßt die Masse der halbgelernten und ungelernten Arbeiter unberührt, deren Vereine, soweit überhaupt welche da sind, zu geringe Beiträge erhalten, als daß sie im Stande wären, ausreichende Unterstützung für den Fall der Arbeitslosigkeit zu gewähren.“ — Gewiß haben auch in Deutschland die Arbeiter in vielen Berufen die Wirkungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung schätzen gelernt; allein der Beweis, daß damit bei dem heutigen Stande der Frage ein Auslangen nicht zu finden ist, gründet sich wohl am besten auf die Tatsache, daß auf diese Weise selbst in dem vorgeschrittenen England kaum dreiviertel Millionen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit von den acht Millionen Arbeitern versichert sind, was selbst Harkner, einem begeisterten Anhänger des Selbsthilfepinzips, zu der Ansicht kommen läßt, daß „es nicht möglich sei, die Arbeiterschaft zur Sicherung gegen Arbeitslosigkeit ausschließlich auf die Gewerksvereine zu verweisen.“

Der Gedanke an Staats- und kommunale Hilfe, der übrigens auch schon in einzelnen Städten praktische Verwertung fand, wird am ausführlichsten von Dr. Wolf, ordentlicher Professor der Nationalökonomie in Zürich, verfolgt. Nachdem er alle bisher angewandten Mittel besprochen, kommt er nämlich zu dem Schlusse: „Das Hauptgewicht der Aktion im Interesse der Arbeitslosen muß immer bei der Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinden liegen“ — worunter er zunächst die Ausführung von öffentlichen, im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Arbeiten verstanden wissen will: „Der größte Notstand, welchen England gesehen hat, war der der Jahre 1861—1865 in den Spinnereidistrikten der Insel. Die Verwendung, welche die Arbeitslosen damals durch die Gemeinden fanden, ist heute noch in der Sauberkeit und dem wenig gesundheitswidrigen Zustande der meisten Städte und Dörfer vom Lancashire erkennbar.“ Wolf kommt zum Resultat, auf dem Lande könnten die Arbeitslosen damit beschäftigt werden: Flüsse schiffbar zu machen, unfruchtbaren Boden durch Aufforstung für die Kultur zu gewinnen, Moore und Sümpfe trocken zu legen, Dämme gegen Ueberschwemmungen aufzuwerfen, neue zur Vervollständigung unseres mangelhaften Kanalsystems zu bauen. In der Stadt dagegen wäre die geeignetste Aufgabe für die Arbeitslosen: der Bau von Wohnungen für die arbeitenden Klassen, da es in allen großen Städten schon rein quantitativ betrachtet, daran mangelt. „Ich kenne keine größere und schönere Aufgabe für die Städte Deutschlands“ — schließt Wolf — „als durch planmäßige Verwendung der hierfür geeigneten Arbeitslosen schrittweise die Lösung ihrer Wohnungsfrage anzubahnen: durch die Niederlegung alter Häuser, durch Umbau noch brauchbarer, durch Anlage neuer, bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer sanitären Verhältnisse im Allgemeinen.“

*) Dr. J. Wolf: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.“ Dresden, Jahn u. Saensch 1896.

In ähnlichen Bahnen bewegen sich in neuester Zeit die Vorschläge, die der Sekretär der schweizerischen Gewerkschaften, Hermann Greulich, in einem Bericht über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an die Regierung niedergelegt hat. Eine planmäßig organisierte Hilfeleistung durch das Gemeinwesen sieht Greulich in folgendem Wege: Jedes größere Gemeinwesen (der Bund, die Kantone und die Städte mit mehr als 10000 Einwohnern) soll einen Fond anlegen und ihm jährlich mindestens 5 pSt. des Budgets der öffentlichen Bauten zuweisen. Dieser Fonds wäre für die Zeiten der Arbeitslosigkeit in der Weise zu reservieren, daß aus ihm nur die Arbeitslöhne für die dann auszuführenden Bauten bestritten werden dürfen. Da nur nützliche und notwendige Bauten ausgeführt werden sollen, die nur planmäßig für die Zeit der Krise aufgespart werden sollen, so sei der Einwand nicht stichhaltig, daß die Löhne nur einen Teil der gesamten Baukosten ausmachen, der andere größere Teil aber, für den kein Reservefonds vorhanden sei, das Budget zu stark belasten würde. Außer den Bauausführungen käme auch noch in Betracht die Herstellung von Uniformen und Ausrüstungsgegenständen für die staatlichen und städtischen Behörden, wobei, um Mehrausgaben zu sparen, lediglich auf die richtige Zeiteinteilung Rücksicht zu nehmen wäre.

Erwägt man alle die verschiedenen Vorschläge, so steht zweifellos fest, daß man heute keineswegs der so brennenden Arbeitslosenfrage völlig machtlos gegenübersteht. Die Gesellschaft, die den „Armen schuldig werden läßt, um ihn dann der Pein zu überlassen“, kann helfend eingreifen, um das Uebel zu lindern und abzuschwächen, wenn ein völlige Beseitigung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise schon ausgeschlossen erscheint. Auf den Bau von Wohnhäusern wurde wiederholt verwiesen, deren Herstellung schon aus sanitären und hygienischen Gründen geboten wäre. Aber auch eine Reihe von anderen Produktionsgebieten gäben den staatlichen und kommunalen Behörden Anhalt genug, in eigener Regie in Zeiten des schlechten Geschäftsganges Arbeiten zu vergeben. Die Arbeitslosigkeit ist keine Zufallserscheinung, sondern ein aus der Entwicklungsgeschichte des modernen Kapitalismus mit Notwendigkeit resultierendes Ergebnis. Daraus ergiebt sich, daß ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Faktoren nötig ist, wenn eine soziale Reformtätigkeit zu den gewünschten Zielen führen soll. Jeder Erfolg auf diesem Gebiete dient der großen Aufgabe, den Beredlungstendenzen entgegen zu wirken und den Massen Kraft zu verleihen für die Mission der Zukunft.

Fr. L.

Es steht ihnen nicht an!

Jüngst hätte man meinen können, statt der Verhandlungen des deutschen Parlaments die fraubastigen Ermahnungen einer vormärzlichen Gouvernante zu lesen. Und es war niemand Geringerer als der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf Posadowsky, der den Reichstag mit einem Kaffeekränzchen guter alter Tanten aus dem Jahre Tobako verwechselte. Eine der brennendsten Reformfragen unserer Tage betrachtete er nicht unter dem Gesichtswinkel der geschichtlichen Entwicklung und der dadurch bedingten sozialen Notwendigkeit, vielmehr unter dem eines veralteten, ästhetisch-moralischen Anstandskodexes. Die Frauen sollen sich nicht mit Politik befassen, es steht ihnen nicht an, ergo dürfen sie auch kein volles Vereins-

und Versammlungsrecht erhalten! Also die tiefgründige Beweisführung, welche rechtfertigen sollte, daß allen Lehren der umgewälzten gesellschaftlichen Verhältnisse, allen Anforderungen der Gerechtigkeit und Kultur zum Trotz den Frauen in Preußen auch fürderhin kein politisches Vereins- und Versammlungsrecht zugedacht ist.

Einer der höchsten Beamten des Reiches hat damit nicht als Staatsmann gesprochen, sondern als vulgärer Spießbürger. Der Staatsmann sucht zu begreifen, woher der Wind des gesellschaftlichen Wandens kommt, und wohin er bläst. Von geschichtlicher Einsicht geleitet, prüft er die drängende Fülle der Erscheinungen des sozialen Lebens, spürt den treibenden Kräften neuer, zwingend empfundener Bedürfnisse nach und strebt, diesen Bedürfnissen ihr Recht werden zu lassen. Der kannegießernde Philister dagegen verzichtet darauf, gesellschaftliche Neuerungen zu verstehen; er begeistert und verurteilt sie vom Standpunkt einer landläufigen Moral- und Sittenanschauung aus, die im Banne des Vorurteils steht. So Graf Posadowsky, bei dem wieder einmal das Amt die Meinung totgeschlagen hat.

Wie unklug indessen, das Anstehen und Nichtanstehen als einzig entscheidend für ein Recht anzurufen, das heutentags für Millionen Frauen unentbehrlich geworden ist! Besonders Verteidiger des kapitalistischen Staates sollten sich weislich hüten, zu reaktionären Zwecken damit aufzutrompeln. Was denn nicht alles stehet in dieser kapitalistischen Ordnung den Frauen an?

Fürstentöchtern stehet an, ihre Religion gegen einen Thron zu verschachern und Liebesglück in „Eheirungen“ zu suchen, wenigstens solange, als dadurch kein „öffentlicher Skandal“ erregt wird. Den Damen der oberen Zehntausend stehet eine Drohnenergitz an, ein Dahindämmern und Verkümmern in einem „Puppenheim“, in welchem weder für die fleißige, umsichtige Hausfrau, noch für die liebevolle, verständige Mutter Platz ist. Im Mittelbürgertum stehet es den Müttern an, das ekle Handwerk des Schwiegerjohnfanges zu treiben, mit den Töchtern auf die Männerjagd zu gehen. Tausenden und Abertausenden Frauen muß es hier anstehen, unter den vielgestaltigsten Schwierigkeiten und Mühen um Berufsbildung und Berufstätigkeit zu ringen, zu Schmutzkonkurrentinnen der Männer, zu Schmutzkonkurrentinnen armer Proletarierinnen zu werden. Den proletarischen Frauen stehet es an, das Heim verwahrlosen, die Kinder verkümmern zu lassen, um für fremden Reichtum zu fronen und zu darben. Es stehet ihnen an, allen Ansprüchen der Menschlichkeit zum Hohne gesegneten Leibes bis zur letzten Minute vor ihrer schweren Stunde an Maschinen und im Felde zu rackern; allen Anforderungen der Hygiene und Sitte zum Trotz als Mörchelträgerinnen auf Baugerüsten herumzuklettern, in Ziegelbrennereien, Porzellan- und Zuckerfabriken halbnackt zusammen mit Männern zu schaffen. Es stehet ihnen an, den Hungerlohn für ehrliche Arbeit durch den Erlös für verkaufte Jugend und Ehre zu ergänzen. Es stehet den Frauen an, von ihrem Einkommen — und sei es noch so kärglich — Steuern zu zahlen; sich allen gesetzlichen Bestimmungen zu unterwerfen — auch den ungerechtesten und widersinnigsten; die Sorgen und Nöte zu tragen, welche Wucherzölle bringen; Söhne unter Schmerzen zu gebären, unter Mühen und Entbehrungen großzuziehen, damit sie eines Tages zum Schießen auf Water und Mutter kommandiert werden können. Es stehet den Frauen an, als die Maitreffen hoher und allerhöchster

Herrn auf den sumpfigen Schleichwegen durch den Altton das öffentliche Leben zu beeinflussen. Kurz, es stehet den Frauen an, durch allen Schmutz zu schreiten, alle äußere und innere Lebensnot durchzukosten, welche in der kapitalistischen Ordnung das sichere Erbteil des Weibes, zumal aber des Weibes der besitzlosen Klasse ist. Nur eines soll ihnen nicht anstehen. Als Staatsbürgerinnen, mit unantastbaren Rechten ausgerüstet, ihre Interessen zu verteidigen, gegen Schmutz und Lebensnot, für Kultur und Freiheit zu wirken, zu kämpfen! Welch erhabener Anstand! Welch tiefe Moral! Welch zwingende Logik!

Und wie einsichtslos, das Anstehen und Nichtanstehen als unübersteigbare Schranke gegen die Neuordnung politischen Rechtes aufrichten zu wollen! Wächst doch diese Neuordnung mit Naturnotwendigkeit aus der revolutionierten wirtschaftlichen Grundlage unserer Gesellschaftsverhältnisse hervor.

Indem der Kapitalismus das alte, produktive, hauswirtschaftliche Tätigkeitsgebiet des weiblichen Geschlechtes vernichtet, löst er in allen Bevölkerungsklassen Kräfte aus, welche mit unwiderstehlicher Gewalt auch die Frau zur Anteilnahme an dem politischen Leben, dem politischen Kampfe drängen. Hunderterlei Verhältnisse der gründlich veränderten Existenz predigen ihr, daß sie politischen Macht bedarf und daher auch politischen Rechtes. Die Frau der Aristokratie und Großbourgeoisie, um das Verfügungsrecht über ihre Person und ihr Vermögen zu erlangen, ohne welches sie ihrem Leben keinen neuen, pflichterfüllten Inhalt zu geben vermag. Die Frau des Mittelbürgertums, um sich den Zugang zu höherer Bildung und Berufstätigkeit zu erschließen, nach welcher ebenso die Not des hungernden Leibes, wie die innere Not der darbenenden Seele treibt. Die Frau des Proletariats, weil sie gewerkschaftlich und politisch mit ihren Klassen-genossen organisiert dem Ausbeutertum in Gestalt besserer Arbeitsbedingungen und sozialer Reformen Abschlagszahlungen auf ihr Menschenrecht abtrogen muß; weil sie durch den bewußt geführten Klassenkampf die Herrschaft der ausbeutenden Kapitalistenklasse brechen, die gesellschaftlichen Vorbedingungen für die volle Emanzipation ihres Menschentums schaffen muß.

Sinnenfällig erweisen insbesondere die Leistungen und Interessen der Millionen berufstätiger Frauen das schreiende Unrecht, die kulturwidrige Ungereimtheit der Minderberechtigung, ja Rechtlosigkeit, welche heute noch im weitaus größten Teile des Deutschen Reiches auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes über die Frau verhängt ist. So sinnenfällig, daß sogar in den siebenmal reaktionär gestiebten Geldsackparlamenten von Braunschweig und Preußen die Notwendigkeit einer einschlägigen Reform anerkannt worden ist. Im Reichstag wurde von Rednern der verschiedensten Parteien die schwere Benachteiligung des weiblichen Geschlechtes durch den geltenden Rechtszustand anerkannt und einem einheitlichen, freiheitlichen Reichs-Vereins- und Versammlungs-gesetz das Wort geredet. Nicht einmal das Zentrum wagte das Dogma — die Frau habe im öffentlichen Leben nichts zu suchen — in unbefleckter Reinheit aufrecht zu erhalten. Es reichte dem Beelzebub moderner Anschauung den kleinen klerikalen Finger mit dem Zugeständnis, daß die Frauen sich auf sozialpolitischem Gebiet eines unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes erfreuen müßten. Der Vertreter der Reichsregierung aber hatte zu der Frage nichts zu sagen, als daß den Frauen wohl ein wirtschaftliches,

berufliches, jedoch kein politisches Vereins- und Versammlungsrecht zuerkannt werden solle, weil ihnen die Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten nicht anstehe.

Nicht anstehe! Als ob dieses Wort dem Wind und Meer der geschichtlichen Entwicklung zu gebieten vermöchte! Wie oft schon sind nicht die Ereignisse ehernen Trittes mit souveräner Verachtung dessen, was anstehet und nicht anstehet, zu unabwiesbaren Reformen vorwärts geschritten. Es gab eine Zeit — sie liegt nicht weit hinter uns — wo es dem „gemeinen Bürgersmann“ nicht anstehen sollte, sich mit Politik zu befassen, wo der beschränkte Untertanenverstand sich in demutsvoller Ergebung vor den politischen Entscheidungen beugen mußte, die Serenissimus in allerhöchster Weisheit traf. Es gab eine Zeit — die ausbeutenden Klassen möchten sie heute inbrünstig zurückbeten oder auch mit Gewalt zurückholen — wo es dem Arbeiter nicht anstehen sollte, gleichen politischen Rechtes mit dem Kommerzienrat zu sein, dessen soziale Macht auf seinem und seiner Brüder Schaffen beruht. Es erfüllte sich, was der Geschichte „ewiges Muß“ war. So wird die Zeit kommen, in welcher die Frau gleichen politischen Rechtes mit dem Manne und nicht bloß auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens ist. Der Strom des geschichtlichen Lebens braust über den Maulwurfshügel hinweg, auf welchem Graf Posadowsky die Warnungstafel mit der Inschrift schwenkt: „Es stehet ihnen nicht an.“

Dem Anschein nach hat der Vertreter der Reichsregierung vom Standpunkt eines besorgten Probierfräuleins oder einer Anstands-tante aus gesprochen, in Wirklichkeit jedoch als der Kommiss der ausbeutenden Klassen. Warum stehet den Frauen die Beteiligung am politischen Leben, der Gebrauch eines freien Vereins- und Versammlungsrechtes nicht an? Im letzten Grunde doch nur, weil ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, weil die Einbeziehung der proletarischen Frau als gleichgerüsteter Steiterin in den Klassenkampf die wirtschaftliche und politische Macht des Proletariats stärkt. Der Hase zünftigen Anstandskollers liegt im Pfeffer reaktionären Hasses gegen die Arbeiterklasse. Das gesamte Proletariat hat mithin das Interesse, die Pflicht, gegen das angekündigte Unrecht, für ein gesichertes, freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht in die Schranken zu treten. Der Reaktion kampfslos Fesseln und Fußangeln für den proletarischen Befreiungskampf schmieden lassen: das stehet den Frauen und Männern des werktätigen Volkes nicht an. Die Gleichheit.

Bekanntmachungen des Verbands- Vorstandes.

Aufforderung.

Gemäß § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen Einsendung der Abschlüsse u. Gelder pro IV. Quartal 1903** aufgefordert:

Annaburg, Breslau, Coburg, Elgersburg, Fraureuth, Gera, Geschwend, Gräfenhain, Gräfenhal, Hamm, Hausen, Hirschau, Höhr, Hüttensteinach, Ilmenau, Kloster-Beßra, Köppelsdorf, Kups, Magdeburg, Manebach, Martinroda, Meißen, München, Neuhaus a. R., Neustadt b. E., Oberlößitz, Oberlind, Pforzheim, Piesau, Plaue, Pöschappel, Probstzella, Rehau, Roda, Rudolstadt, Saargemünd, Schmiedefeld, Schönwald, Schwarzenbach, Selb, Sitten-dorf, Sondershausen, Spandau, Stadtilm, Suhl, Untermhaus, Unterpörlitz, Unterweiß-

bach, Wegeßach, Waldenburg, Waldbassen, Weingarten, Wilda, Wunstedel.

Gleichzeitig mache ich die Zahlstellentassierer und Revisoren darauf aufmerksam, daß auch gemäß §§ 5, 6 und 7 der Kassenordnung, vierteljährlich je ein Abschluß für Bildungs-, 8 pCt.- und Streifonds einzusenden ist. Ferner, daß über alle Ausgaben den Abschlüssen die Quittungen beizulegen sind. Ausgaben, worüber Quittungen den Abschlüssen nicht beiliegen, werden nicht anerkannt. Von den im Laufe des Quartals an die Hauptkasse gesandten Geldern bitte ich, wenn den Abschlüssen der Postaufgabeschein nicht beigelegt wird, den Datum der Absendung anzugeben. Bezüglich der Berechnung der Prozente ersuche ich die §§ 5, 6 und 15 der Kassenordnung zu beachten.

Ferner ist zu bemerken, daß gemäß § 35, Abs. 2 des Statuts die Gelder des Bildungsfonds, welche im Laufe des letzten Kalenderjahres nicht verausgabt worden sind, am Schlusse des Jahres an die Verbands-kasse wieder zurückzahlen und im Abschluß pro 4. Quartal 1903 in Einnahme zu stellen sind. Ebenso ist auf dem Abschlußformular des Bildungsfonds der Bestand von Büchern, Broschüren und Zeitschriften genau anzugeben.

Auch werden diejenigen Zahlstellen, welche am Schlusse des 4. Quartals 1903 im 8 pCt.-Fonds Barbestände aufzuweisen haben, ersucht, dieselben zur Unterstützung der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Mitglieder für den Streifonds einzusenden.

Wilh. Herden, Verbandskassierer.

Aus unserem Berufe.

Blankenhain. So mancher wird schon gedacht haben, wenn Arbeitsgesuche von hier in den Fachblättern stehen, in Blankenhain müssen die Verhältnisse noch rosig sein, denn man liest jahraus jahrein nichts von dort in der „Ameise“. Dem ist aber durchaus nicht so, es giebt fortgesetzt zu klagen und lassen die Verhältnisse in pekuniärer und sanitärer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig. So wurde bei den Gießern bei Fasolt u. Eichel in letzter Zeit häufig abgezogen, z. B. bei Nagouschüsseln in zweimaligen Perioden drei Mark, von Bratentellern 1 Mark u. s. w. Des weiteren wird von Gießern Klage geführt, daß sie noch selbst auskehren müssen (männliche gelernte Arbeiter?); auch müssen sich dieselben die Formen selbst tragen, Gieß-masse holen und was dergleichen Klagen mehr sind. Die Firma erspart natürlich dadurch Ausgaben, die sie sonst für Hilfsarbeiter zahlen müßte. Was noch ein großes Uebel ist, das ist das Nichtvorhandensein von An- und Auskleideräumen, und es ist nur zu bewundern, daß der Herr Fabrikinspektor von Kostig das Fehlen derselben bei verschiedenen Arbeiterkategorien der Firma Fasolt u. Eichel nicht bemerkt hat. Wir wollen ihm daher auf diesem Wege einen Fingerzeig geben. Auch in der Druckerei vorgenannter Firma ist das Abziehen eine Schraube ohne Ende. So wurde jetzt in letzter Zeit ein Muster gemacht (Rante), welches schwieriger herzustellen war als die vorhergehenden; es wurde aber trotzdem von 25 Pf. auf 18 Pf. reduziert. Einige Frauen weigerten sich dieselben für den festgesetzten Preis herzustellen und wendeten sich an die Direktion, fanden aber kein Gehör und somit bleibt dabei. Im übrigen, die weiblichen Arbeiter weigern sich teilweise und ein männlicher Arbeiter, der einzige in der Druckerei, macht sie für den reduzierten Preis.

Seit Bestehen der Druckerei ist es eingeführt, daß das Geschirr von denen, die es

verarbeiten sollen, aus den dazu bestimmten Räumen selbst geholt werden muß. Wenn man sieht, wie hochschwängere schwächliche Frauen mit den manchmal sehr schweren Körben sich herumplagen müssen, die sie oft bis zu 200 Meter zu tragen haben, da jammert es einen, aber die Herrn fungierenden Beamten gehen vorbei und sehen das nicht. Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl und an die Nächstenliebe der Fabrikleitung, damit hier endlich einmal Wandel geschaffen wird. — Auch bei der Firma Treybal u. Triebner sollte es nicht ganz „ohne“ abgehen. Es wurde bei den Drehern abgezogen, so z. B. bei Schalen von jeder Größe 10 Pf. vom Hundert. Bei Vorstelligwerden wurde den Drehern entgegengehalten, daß die Firma Fasolt u. Sichel auch nicht mehr zahlt. Damit mußten die Dreher abziehen, denn Gegenmaßregeln konnten nicht ergriffen werden, weil nur ein einziger organisiert ist, die andern alle haben, meistens aus vollem Uebermut, dem Verband den Rücken gefehrt. Ueberdies wurde vom Oberdreher gesagt, es hätten sich schon andere angeboten. Wahrscheinlich sind das solche, die bei Fasolt nicht durchkommen und hier den Preisdrücker machen wollen, um sich auf Kosten anderer ein Plätzchen zu sichern. Fast in jedem industriellen Betriebe wird es Sitte sein, daß Arbeiterinnen, welche in Tagelohn arbeiten, die halbe Stunde, die sie am Vorabend eines Sonn- oder Festtages die Arbeit früher beenden dürfen, mit bezahlt erhalten, die Firma Treybal u. Triebner macht aber davon eine Ausnahme, indem sie den Lohn für die halbe Stunde abzieht, mit der Motivierung, daß die Betreffenden in Stundenlohn arbeiten. Dem Bernehmen nach ist bei den Gießern auch abgezogen worden. Wieviel ist nicht zu erfahren, weil sich alles in düsteres Schweigen hüllt. — Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen Blankenhains, werft die Euch angeborene Gleichgiltigkeit endlich über Bord, bedenkt doch, um was es sich für Euch handelt! Nur vereint können wir weiteren Verschlechterungen, die andernfalls so sicher kommen, wie das Amen in der Kirche, entgegentreten. — Anmeldungen nehmen die Verwaltungsmitglieder jederzeit entgegen.

Darmstadt. Zur Lage der Arbeitswilligen bei Gebr. Roeder Herdfabrik. Es wird unseren Genossen noch erinnerlich sein, wie bei unserer Aussperrung am 19. September 1903 ein Maler Emil Scholz als erster Arbeitswilliger oben genannter Firma zu Hilfe kam. Nach und nach fanden sich noch 5 „Willige“ ein, auch wurden noch 6 Mädchen eingestellt, obgleich, wie schon früher erwähnt, Herr Kommerzienrath Roeder vor einigen Jahren geäußert, so lange er noch zu sagen hat, solle keine weibliche Person in seine Fabrik kommen. Das neue Personal ist inzwischen aber bis auf drei Maler und vier Mädchen zurückgegangen. Auch oben genannter Herr Scholz, welcher glaubte Lebensstellung zu haben, war nicht wenig überrascht, daß er der erste war, welcher wegen Mangel an Arbeit gekündigt wurde, mit ihm noch einer, Namens Max Nieth aus Gr. Breitenbach. Letzterer hat, wie wir erfahren, 6 Mk. in einer Woche verdient, davon sollten ihm noch 3 Mk. für Alimantation abgezogen werden. Zwei andere, welche schon früher fort sind, verzichteten freiwillig auf die lohnende und dauernde Beschäftigung, mit welcher sie hergelockt wurden, nachdem sie eingesehen, daß sie selber auslöffeln müssen, was sie dem früheren Personal, dem sie in den Rücken fielen, eingebrockt haben. Trotz Aufhebung der Sperre über die Firma Roeder werden die Kollegen gut tun, bei

etwaigen Engagement vorsichtig zu sein. Den Unorganisierten aber wollen wir zurufen: „Bedenkt immer zuvor, was ihr tut, damit die Neue nicht bald oder später folgt. Da noch einige Arbeitslose am Ort sind, ersuchen wir die Kollegen, welche freie Stellen wissen, uns davon in Kenntnis zu setzen.“

Mannheim. Vor kurzem wies eine allgemein gehaltene Notiz darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen in der Rheinischen Porzellanfabrik Mannheim keine zufriedenstellenden seien. Das mag nun durch einige nähere Angaben dargetan werden. Ein Teil der Arbeiter hat 14tägige Kündigung, ein Teil achttägige und wieder ein anderer gar keine Kündigung. Hinter diesem System steckt natürlich eine besondere Absicht, die keine andere sein kann als die, eine etwaige gemeinsame Abwehr-Aktion der Arbeiter zu verhindern. Natürlich würde dieses Hindernis im gegebenen Augenblick nur die Haltbarkeit einer zarten Spinnweben aufweisen, wenn die Arbeiter nur sonst einig wären. Damit hat es hier allerdings noch gute Wege, aber man sieht doch, daß die Firma sich bemüht, auf lange Zeit voraus zu rechnen, um sich für spätere Fälle zu sichern. Die Arbeiter dagegen scheinen garnicht mit der Zukunft zu rechnen und sie werden, wenn das nicht bald anders wird, schließlich zu spät gewahrt werden, daß der Mangel an Einigkeit eine Verschlimmerung ihrer Lage herbeiführen muß. Was aber nach der Richtung noch zu erwarten ist, mag man nach einigen Proben aus der Jetztzeit sich ausmalen. Vor zirka 4 Monaten wurden Becher um etwa 20—30 pSt. im Preise reduziert. Für jetzt neu eingeführte Artikel wurde ein vergleichsweise viel niedrigerer Preis angesetzt als früher. So für Eierbecher früher 1,10 Mk., jetzt 0,70 Mk. Teller die 1,80 Mk. kosten mußten, wurden auf 1,40 Mk. gesetzt und als der Dreher erklärte, sie für den Preis nicht machen zu können, wurde ihm gekündigt. In Bezug auf Kassenbeiträge kamen wiederholt eigentümliche Fälle von Unordnung vor. Es wurden wiederholt für Mitglieder geringere Beiträge an die Orts-Krankenkasse abgeführt, als den betreffenden Mitgliedern abgezogen waren, sodaß, als sich die Fehler herausstellten, Korrektur erfolgen mußte. In Bezug auf Reinlichkeit bleibt fast Alles zu wünschen übrig. Wasch- und Trinkgefäße fehlen, die Reinigung in Dreherei und Malerei geschieht während der Arbeitszeit und zwar wird nur wöchentlich 2mal gefehrt. Wenn einmal zur Abwechslung geschauert werden wird, werden wir es in der „Ameise“ bekannt geben. Ventilation ist auch nicht vorhanden. Mit den Aborten ist es so übel bestellt, daß während der letzten Kälteperiode sich kleine Pyramiden gebildet hatten. Als eine Frau mit der Abortreinigung beschäftigt war, meinte Herr Sterner, „die Herren mögen sich ihre Orte selbst reinigen. Der Verdienst ist unbefriedigend, an den Mannheimer Verhältnissen gemessen durchaus unzulänglich. Kürzlich hatte ein Blaumaler in etwa zehn Tagen 8 Mark verdient, damit er dabei die Luft nicht verliert, schenkte ihm Herr Sterner noch 1 Mk. dazu. Die Fabrik besitzt auch als „Wohlfahrtseinrichtung“ eine Kantine. Man muß da 22 Pf. für das Flaschenbier zahlen, während man es in Mannheim für 18 Pf. erhält. Bei alledem ist auch noch die Behandlung mitunter eine unwürdige. Herrn Sterner und dem Werkführer Bloß kommt es gelegentlich auf ein paar Beleidigungen garnicht an. „Schwindler, Feiglinge, Lügner“ usw. giebt es da zuhören. Die Herren scheinen keine Ahnung zu haben wie das aussieht.

In **Sallerbach** fand am Sonntag, den 21. Februar eine Versammlung der Streikenden statt, in welcher der Verbandschriftführer über den Stand des Streiks referierte. Daß die Mitglieder vollständig am Plage waren, versteht sich unter den gegebenen Verhältnissen von selbst. Die Mitglieder sind nach wie vor guten Mutes; wissen sie doch zur Genüge, wie es im Betriebe aussieht, welcher Art das neue Blut ist, welches dem Betriebe zugeführt worden ist, um die alte „Schlamperei“ zu heben. Zechereien, Schlägereien, zur Abwechslung auch einmal eine solenne Messerstecherei, sind an der Tagesordnung, seitdem die Schlamperei aufgehört hat. Welche Bedeutung den Arbeitswilligen, welche jetzt in der altrenommierten Wächtersbacher Steingutfabrik ihre Wiamams aufgeschlagen haben, als Arbeitskräfte zugemessen werden kann, dürfte für Jeden, der etwas von der Steingutfabrikation kennt, nicht schwer zu beurteilen sein. Bisher sind die nicht unbeträchtlichen Lager von Geschirr vollständig geräumt worden, so daß teilweise immer noch Geschirr von der Qualität, welche den Ruf der altrenommierten Wächtersbacher Fabrik begründete, an die Kundschaft abgegeben werden konnte; in Zukunft sieht es auch in dieser Beziehung anders aus. Jedoch macht dieser Umstand dem Herrn Dr. Ehrlich anscheinend keine Beschwerden, nun — dann muß eben abgewartet werden, wie die Verhältnisse in Zukunft sich gestalten. — Die Anwesenheit des Vorstandsvertreters wurde dazu benutzt, bei dem Direktor Dr. Ehrlich anzufragen, ob derselbe etwa zu Verhandlungen bereit wäre.

Der Kommission gegenüber, welche dieserhalb vorstellig wurde, lehnte der Direktor Verhandlungen mit der Organisation ab, mit der Begründung, er habe den Auftrag vom Besitzer der Fabrik, dem Fürsten Henburg-Wächtersbach, nur mit den einzeln sich zur Wiederaufnahme der Arbeit Meldenden über ihre Wiedereinstellung zu verhandeln.

Obwohl der Streik nach der Behauptung des Dr. Ehrlich für diesen bereits am 15. Dezember v. J. beendet war und männliche Arbeiter angeblich überhaupt nicht mehr eingestellt werden können, wegen vollständiger Besetzung der Arbeitsplätze, scheint doch bei ihm kein Bedenken zu bestehen, wenn die Streikenden sich einzeln melden würden, den größten Teil wieder einzustellen. Und wenn früher Herr Dr. Ehrlich davon sprach, daß mindestens 100 Mann überhaupt nicht wieder eingestellt würden, so erklärte er dieser Kommission, daß 20—30 Mann draußen bleiben müßten. — Vorläufig denken die Streikenden nicht daran, einzeln zu kommen, wissen sie doch, daß trotz des „vollbesetzten“ Betriebes für sie immer noch Plätze offen sind. Aus der Unterhaltung des Direktors mit der Kommission geht übrigens hervor, daß die Lage des Direktors durchaus nicht etwa eine angenehme sein kann. Einmal hat er unumwunden zugegeben, daß die organisierten Arbeiter die besseren Arbeitskräfte sind, zum anderen hat er kein Hehl daraus gemacht, daß er auf sein Gehalt verzichten muß, wenn der Betrieb in diesem Jahre keinen Ueberfluß abwirft. Auch hat der Herr Dr. Ehrlich der Kommission freimütig erzählt, daß ihm von der Firma Willerooy u. Boch (gemeint ist anscheinend ein höherer Betriebsbeamter von einer der Willerooy u. Boch'schen Fabriken) heftige Vorwürfe wegen des Streiks gemacht worden sind und ihm bedeutet worden ist, daß er infolge dieses Streiks nicht daran denken darf, einen ähnlichen Posten in der Keramik-Industrie jemals wieder erhalten zu können. Unter solchen Umständen ist es dann

auch nicht zu verwundern, daß, nachdem schon einmal das gewagte Spiel begonnen wurde, nun auch alles auf eine Karte gesetzt wird. Daß der Ausgang des Kampfes für den Direktor doch nicht so zweifelsfrei sein kann, beweist der Umstand, daß er in ein und derselben Unterhaltung mit dieser Kommission einmal erklärte, zum Frühjahr kommen die Streikenden doch wieder in die Fabrik und ich bin draußen, das andere Mal aber sagte, der Streik könne ein Jahr dauern. Wir meinen jedoch, daß noch andere Faktoren in Betracht kommen, welche auf die fernere Gestaltung der Verhältnisse in Schlierbach ihren Einfluß nicht verfehlen werden, über deren Tragweite jedoch Herr Dr. Ehrlich sich ebenso im Klaren zu sein scheint, wie über den eventuellen Ausgang des Streiks.

Daß Herr Dr. Ehrlich auch sonst noch der Alte geblieben ist, dafür hat er der Kommission gegenüber auch vollgültige Belege erbracht. Nachdem er sich darüber beklagt hatte, daß seine drastische Ausdrucksweise öffentlich bemängelt worden ist, fügte er wörtlich hinzu: wenn ich einmal sage A — — — (gemeint ist der hintere Körperteil) oder B — — — — (gemeint ist ein sonst im guten Ton nicht gebräuchlicher Ausdruck für die menschlichen Extremite), so ist das nicht so schlimm gemeint.

Wir meinen, wenn Herr Dr. Ehrlich sonst den Arbeitern ihre Staatsbürgerrechte unbeschnitten ließe und an eine Verschlechterung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht dachte, so würde derselbe in seinen sonstigen Gepflogenheiten von Seiten der Arbeiterschaft nicht gestört werden, es bliebe ihm vielmehr ganz und gar überlassen, wie und welches Maß von persönlicher Achtung er sich verschaffen will. Auch hält es Herr Dr. Ehrlich für ziemlich wahrscheinlich, daß die Streikleitung von den Streikenden noch einmal ordentlich verhauen wird. Wir meinen, es ist dem Direktor nicht zu verübeln, daß derselbe, nachdem er gar so oft von Holzereien innerhalb der Fabrik hören muß, sich bald gar nichts anderes mehr vorstellen kann und nun auch annimmt, daß es im Lager der Streikenden nicht anders sein kann. Daß der Direktor Ehrlich der Kommission auch wieder eine Vorlesung über die Sozialdemokratie gehalten, ist selbstverständlich; welcher politischen Partei er selbst angehört, scheint er noch nicht genau festgestellt zu haben. Der Kommission gegenüber erklärte der Herr, „ich denke“, ich bin nationalliberal. Wenigstens ein Zugeständnis hat der Herr Dr. Ehrlich der Kommission gegenüber gemacht, indem er erklärte: „Den Verband bringe ich nicht kaput, das sehe ich ein“. Alles das, was in einer ca. dreistündigen Unterhaltung mit der Kommission von Seiten des Herrn Dr. Ehrlich herausgegeben worden ist, wiederzugeben, ist unmöglich und auch unnötig. Unsere Genossen sollen an dem Bericht nur wieder einmal sehen, daß die Genossen in Schlierbach jederzeit bereit wären, einen ehrlichen Frieden zu schließen, daß aber anscheinend so lange nicht daran zu denken ist, als ein Dr. Ehrlich unbeschränkte Gewalt in Schlierbach besitzt. Mag der Besitzer der Fabrik immerhin annehmen, daß die Wahrung seiner Interessen in den Händen eines Dr. Ehrlich besonders gut aufgehoben ist, so sind die Streikenden doch überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem diese Meinung sich ändern wird. Den Verband kaput zu machen, die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung zu erdroffeln, das war der Zweck des Kampfes; daß das nicht erreicht werden kann, sieht Herr Dr. Ehrlich zum Teil schon ein — wir können mit dem bis-

herigen Verlauf des Streiks schon zufrieden sein. —

Von der Gewerbeaufsicht in Porzellanfabriken. Im Schwarzburg-Rudolstädter Landtag hat der sozialdemokratische Abgeordnete Kaiser den Fabrikinspektor um lebhafteres Interesse für die Arbeiter in Porzellanfabriken ersucht. Wenn dem Herrn Fabrikinspektor etwas daran gelegen sei, menschliches Elend kennen zu lernen, so möge er einmal die Porzellanfabriken, besonders die auf dem Walbe, in Auginschein nehmen. In Neuhaus herrschen Zustände, welche geradezu skandalös seien. Er habe in Erfahrung gebracht, daß in Neuhaus in der Fabrik von Noal u. Burk die Lohnzahlung Sonnabends oft erst um 10 Uhr abends erfolgt. Vielfach würden die Arbeitsräume das ganze Jahr hindurch nicht geheizt. Jugendliche Arbeiter beschäftige man oft bis spät in die Nacht hinein. Trotzdem die in den Fabriken in Neuhaus und Sigendorf herrschenden Mißstände schon des öfteren in dem Verbandsorgan der Porzellanarbeiter, der „Ameise“ und im „Thüring. Volksblatt“ geschildert worden seien, habe der Fabrikinspektor bis jetzt noch nichts für Abhilfe getan. Wo bleibe da der Wert der Arbeiterschutzesetze. Der Fabrikinspektor, Geh. Baurat Brecht erwiderte darauf, wenn die Arbeiter Beschwerden hätten, sollten sie dieselben dem Landratsamt oder ihm selbst unterbreiten. Mit der Bereitwilligkeit, Beschwerden entgegen zu nehmen und denselben auch nachzugehen wird in Bezug auf die Durchführung des Arbeiterschutzes wenig gebessert sein. Der Fabrikinspektor sollte sich doch die Frage vorlegen, warum ihm Beschwerden über die beklagten Uebelstände nicht zugehen. Furcht vor den Unternehmern einerseits und ungenügendes Vertrauen zum Fabrikinspektor andererseits sind die Ursachen der Zurückhaltung der Arbeiter, die davon unterrichtet sind, daß hier und da Fabrikinspektoren es für angebracht halten, den Unternehmern die Namen von Beschwerdeführern mitzuteilen. Würde der Gewerbeaufsichtsbeamte den Arbeitern auf irgendwelche Weise zu wissen tun, und er hätte das bei der Gelegenheit im Landtage aussprechen sollen, daß er die Namen von Beschwerdeführern niemals preisgeben würde, dann würde das Vertrauen der Arbeiter wesentlich gestärkt werden. Wie wir wissen, hat der Fabrikinspektor gelegentlich die Organisationsverhältnisse der Arbeiter festzustellen gesucht. Da muß er wissen, daß in einer Reihe von Orten die Organisation ungenügend, in anderen Orten garnicht vertreten ist. Auch da, wo eine Organisation nicht besteht, empfinden aber die Arbeiter sehr wohl, daß sie nur in dieser einen Rückhalt finden würden, wenn einen oder einige die Rache eines Unternehmers, über welchen Beschwerde geführt wurde, trafe. Wenn die Arbeiter sich trotzdem nicht organisieren, dann tragen sie allerdings selbst einen großen Teil der Schuld an vorhandenen Mißständen, welche ihnen einen ungeseligen Zwang auferlegen, ihre Arbeitskraft vorzeitig vernichten und zur Verbreitung der Schwindsucht in ihren Reihen wesentlich beitragen. So sind die Unorganisierten Mitschuldige an ihrem eigenen Elend, wie an dem Elend ihrer Berufsgenossen; wir müssen ihnen also auch einen Teil der Verantwortung zuschieben. Wollen sie diese leichten Herzens und dauernd tragen? — Organisiert Euch! — Uebrigens kennzeichnen die Worte des Fabrikinspektors die ganze Unzulänglichkeit des Fabrikinspektors auch für Schwarzburg-Rudolstadt. Die Sozialgesetzgebung will doch auch den Arbeiter, der sich nicht beschwert, und selbst

den, der die schlimmsten Mißstände noch erträglich findet und ihre Gefahren auch für seine Person nicht einsehen kann, vor den Folgen derselben durch deren Beseitigung bewahren. Das erfordert das Gesellschaftsinteresse; dazu reichen aber die vorhandenen Kräfte nicht aus. Die des Arbeiterschutzes am meisten Bedürftigen — die geistig Rückständigsten und wirtschaftlich Schwächsten der Arbeiterschaft — werden denselben nach wie vor am meisten entbehren müssen.

Tettau. Wie allen organisierten Genossen bekannt ist, kämpfen seit 38 Wochen die hiesigen Genossen und Genossinnen um ihr heiligstes Recht, daß der Koalition. Alle Bemühungen der Ausgesperrten, einen ehrlichen Frieden zu schließen im Interesse beider Teile, scheiterten bisher an dem Starrsinn und Geldsack des Dr. Birchner. Um dem Dr. Birchner zu zeigen, daß die hiesige Arbeiterschaft sich ihm nicht bittend zu Füßen werfen muß, hat sich in diesen Tagen aus den Reihen der Ausgesperrten eine Genossenschaft gebildet, welche ein größeres Terrain zur Erbauung einer Porzellanfabrik angekauft hat. Schon in den nächsten Tagen wird mit den Vorbereitungen für den Bau begonnen werden. Wir wünschen und hoffen, daß uns die Bürger Tettaus zum Wohle der gesamten Einwohnerschaft bei dem so schweren Unternehmen jederzeit hilfreich zur Seite stehen.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Strafhandwerk. Unter diesem Stichwort schreibt der „Vorwärts“:

Es ist eine Erkenntnis der neueren Zeit, daß die Strafjustiz vollständig den Zweck verfehlt, den sie haben soll: Das Verbrechen zu bekämpfen. Von den verschiedensten Ausgangspunkten und gestützt auf zahlreiche exakte Untersuchungen sowohl wie logische Erwägungen bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß der bisherige Weg der Verbrechensbekämpfung nicht zum Ziele führt, daß im Gegenteil die heutige Kriminalpolitik geradezu Verbrecher züchtet, wofür die Untersuchungen über die Rückfälligkeit unanfechtbares Material liefern. Die Strafjustiz ist ein Handwerk; die Paragraphen der Strafgesetze sind ihre Schablonen und der Verbrecher ist das Material; die Frage ist einzig, ob die Mordschablone, die Totschlagschablone, die Raub- oder die Bettelschablone oder sonst eine anzuwenden ist.

Es dürfte nicht viel Menschen mehr geben, die für Betteln und Landstreichen keine andre Erklärung wissen wie Arbeitscheu. Trotzdem: wer bettelt, wird nach der Bettelschablone auf so und so viel Tage oder Wochen eingesteckt. Warum jemand gebettelt hat, ob er nach der Entlassung aus dem Gefängnis sofort wieder betteln wird — was kümmert's den Richter. Es ist nicht seines Amtes, die „Bettelsucht“ zu kurieren; sein Amt ist, zu strafen nach Paragraph so und so.

Aber wozu in aller Welt? Welchen Zweck hat das? Ist vielleicht einer unter den deutschen Juristen und Gesetzgebern, der aus innerster Ueberzeugung das Betteln als eine Sünde vor Gott und die Strafe als Sühne dafür ansieht?

Wir sagen nichts Neues mit diesen Betrachtungen, wir werden nur aufs neue dazu angeregt durch ein Urteil eines deutschen Amtsgerichts, dessen Originalausfertigung uns dieser Tage in die Hände kam. Es werden wohl in Deutschland täglich hunderte oder tausende Bettler und Landstreicher verurteilt und im Grunde ließen sich an jedes dieser Urteile dieselben Betrachtungen anknüpfen. Aber nicht jedes wird das Elend der Strafrechtspflege so dürr und nackt erscheinen lassen

wie gerade dieses. Es verhängt wegen Bettelns zwei Wochen Haft und wegen wiederholter Vorstrafen Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Nach Darstellung der Bettelei heißt es in den Gründen:

„Der Angeklagte bringt gegen . . . die Anklage vor, er habe um Arbeit angefragt.

Das läßt sich ihm nicht wiederlegen.

Es konnte jedoch ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß der Angeklagte angesichts seines Alters und seines zerlumpten Aussehens unmöglich erwarten konnte, Arbeit zu finden, daß er sich über diese Unmöglichkeit klar war und wußte, daß auch eine Anfrage um Arbeit abgelehnt und mit der Verabreichung eines Geschenktes beantwortet werden würde.

Die Anfrage um Arbeit bedeutet nichts anderes als eine mittelbare Anfrage um ein Geschenk.“

Folglich schuldig des Bettelns, folglich Strafe.

Weil der Mann so alt und so zerlumpt ist, daß er nach Ansicht des Gerichts nirgends mehr Arbeit findet, weil er arbeitsunfähig ist, weil er nichts anderes mehr tun kann wie betteln — oder vielleicht stehlen — deswegen findet das Gesetz ihn schuldig.

Der Richter ist nicht schuldig; er übt sein Handwerk nach Urväterweise, getreu den übernommenen Pflichten. Aber eine verdamnte Gesellschaftsordnung, unsinnige Gesetze sind schuldig. Hilflos steht die bürgerliche Gesellschaft vor ihrem eigenen Produkt. Sie kann den Elenden nicht schützen vor dem Hunger, sie kann ihn nicht verhindern am Bettel und nicht am Diebstahl, aber sie sperrt ihn ein und mißhandelt ihn, wenn er gebettelt oder gestohlen hat, unfähig, Zweck und Sinn mit ihrem Tun zu verbinden.

Und noch ein tragikomisches Nachspiel: Der verurteilte Bettler schickt uns selber dieses Urteil mit einem langen Begleitschreiben. Er klagt über die Gesetzesunkenntnis der „Handwerkshirsen und Bänderer“, hofft, daß wir sie über ihre gesetzlichen Rechte aufklären werden und bittet die „Sozialpartei“, für Schaffung eines Gesetzesparagraphen einzutreten, wonach sich die Gerichte nur an erwiesene Tatsachen zu halten haben. Unter Berufung auf seine Erfahrungen klagt er, daß sich manche Schöffen garnicht bewußt seien, daß sie zum Schutze des Angeklagten da seien.

„Ich schreibe dieses so bestimmt, weil ich dieses selber durchgemacht habe, und sende Ihnen amtliche Dokumente zum Beweise der Wahrheit. Ich mache diese Anstrengungen im Interesse meiner arbeits- und mittellosen Brüder, und hoffe, die Buchhandlung Vorwärts wird mir diese Bitte nicht abschlagen, da auch schon vielfach es mir angelegen sein ließ, den „Arbeiter-Notizkalender“ wie auch die „Freien Stunden“ zu empfehlen. Es läßt sich in dieser Hinsicht durch die Sozialpartei vieles ausrichten, da die Rabulistik gar zu sehr blüht.“

Auch der alte zerlumpte Bettler schwört auf die Paragraphen; er empfindet die Strafe als ein bitteres Unrecht und sagt es mit vielen drastischen Worten — es sei „eine Rechtsmorderei“ in Flor getreten seit Aufhebung der Novelle zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich; er habe die Paragraphen nicht verlegt, nur um Arbeit gefragt.

Wie komisch wirkt das bei dem alten Bettler! Und doch denkt er genau so, wie seine Richter, genau so, wie das Gesetz zu denken vorschreibt. Der Richter hat recht: Der alte Mann hat ohne Zweifel nur angesprochen in der Hoffnung auf ein Geschenk;

er hat sich materiell des Bettelns schuldig gemacht. Aber der Bettler hat auch recht: Er hat die Form gewahrt; „es ist ihm nicht zu widerlegen“, daß er nur um Arbeit gefragt hat.

Richter und Bettler mögen sich darüber auseinandersetzen, ob ein neuer Paragraph nötig ist. . . .

Wir wollen nicht ruhen, bis das ganze Elend des Bettlers ebenso wie das Elend des Juristen beseitigt und das künstliche Paragraphengebäude überflüssig geworden ist.

* Die Aussperrung der Diamantarbeiter. Am 17. Februar brachte uns der Telegraph die kurze Nachricht: „Die Aussperrung der Diamantarbeiter ist beinahe allgemein; 6500 Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch den „Amsterdamer Juwelierverein“ und den „Fabrikantenverein“ aufs Straßenpflaster geworfen!“ Nun, wer die Geschichte dieser Bewegung verfolgt hat, wird sich darüber nicht wundern, und darin nur den letzten Anfall roher Gewalt auf die gut ausgerüstete Phalanx einer durch Disziplin und Solidarität innerlich und äußerlich starken Gewerkschaftsorganisation sehen.

Da die Arbeit dieser Branche die Gesundheit (u. a. die Augen und Lungen) sehr schädigt, so sind die Arbeiter meist nach kürzerer Zeit arbeitsunfähig und, trotz verschiedener Verbesserungsversuche, bleibt das wirksamste Mittel dagegen ein kurzer Arbeitstag. Da die Diamantindustrie, als Luxusindustrie, von der Kauflust des Reichthums verschiedener Nationen abhängt und sehr unregelmäßigen Erwerb liefert, so sind die scheinbar hohen Löhne in einzelnen Kategorien durch Arbeitslosigkeit, hohe Auslagen u. s. w. doch nur sehr bescheiden. Diese permanente Arbeitslosigkeit (mittelmäßig per Woche 1899 = 364, 1899 = 477, 1900 = 1841, 1901 = 1600, 1902 = 773 und 1903 = 278 Arbeiter verschiedener Kategorien und Geschicklichkeit) trieb schon früher die Diamantarbeiter international zu dem Beschluß, vorläufig keine Lehrlinge anzunehmen und wurde dieser Beschluß auch im allgemeinen durchgeführt. Da, wie wir gesehen haben, hygienische Gründe auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit drangen und bei dieser Branche wenig Lohnarbeiter (meistens Akkordarbeiter) tätig sind, so richtete der niederländische Diamantarbeiterverband im März 1902 an den Juwelierverein die Bitte um Einführung des Neunstundentages in der Diamantindustrie, welche Bitte jedoch wegen internationaler Konkurrenz abgewiesen wurde. Mit Langmut und ruhiger Ueberlegung arbeiteten die Diamantarbeiter weiter, nahmen aber auf dem internationalen Kongreß in Paris den Beschluß zur internationalen Einführung des Neunstundentages an, wodurch der Ausrede des Amsterdamer Juweliervereins aller Grund entzogen wurde. Zu gleicher Zeit entbrannte der Kampf auf verschiedenen Plätzen, in Antwerpen u. s. w.; da jedoch Amsterdam der Zentralpunkt der Diamantindustrie ist, so bereiteten die Herren Juweliere eine Gewaltprobe vor und warfen eine andere Forderung auf. Der Juwelierverein forderte den Diamantarbeiterverband auf, Abstand zu nehmen von seinem Lehrlingsbeschluß und in Zukunft statt 750 1500 Lehrlinge zuzulassen. Wiewohl nun diese Forderung gleichstand mit einer enormen Zunahme der Arbeitslosigkeit und daraus entspringende Erniedrigung der Akkordpreise, so wies der „Allg. Niedl. Diamantarb.-Verband“ diese fatale Forderung doch nicht unbedingt zurück, sondern zeigte sich zu Unterhandlungen geneigt, indem er bereit war, soviel Lehrlinge zuzulassen als nötig waren, um die abge-

storbenen und untauglich gewordenen Arbeiter zu ersetzen. Während der Unterhandlungen machte man von anarchistischer Seite der Verbandsverwaltung den Vorwurf, daß sie, trotzdem der Verband 7600 Mitglieder (= 86 pSt.) zählt und 170 000 Fr. (287 162 Mk.) Kasse hatte, zu feige wäre, um einen Kampf mit den Juwelieren zu wagen; es zeigte sich aber auch hier, daß mitunter mehr Mut nötig ist, ruhige Ueberlegung zu behalten als sich zu einem unzeitigen Kampfe verführen zu lassen, und gerade hierdurch erkämpfte der „Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Verband“ schon im voraus einen moralischen Sieg. Obwohl alle Schritte des „Juweliervereins“ eine hornierte Herausforderung an den gut gerüsteten Diamantarbeiterverband zu einer Kraft- und Machtprobe waren, so ließ dieser doch kein Mittel, um den Frieden zu bewahren, unerprobt; er rief in Verbindung mit den christlichen Diamantarbeitervereinen die Vermittlung des niederländischen Premierministers Dr. A. Ruyster in diesen Streitfragen an und wollte sich im äußersten Falle selbst einem Schiedsgericht unterwerfen. Aber der Juwelierverein wies jede Einmischung zurück und so ist nun der Kampf entbrannt. Es stehen hier nur wenige unorganisierte arbeitswillige Elemente gegenüber einer festentschlossenen, kampfergeübten und ausgezeichnet geführten Organisation, die mit den christlichen Vereinen zusammen zirka 90 pSt. aller in dieser Industrie Beschäftigten repräsentiert. Auch ist die Klasse der Arbeitgeber nicht geneigt, die Juweliere zu unterstützen, sondern hat unerbittlich in ihrem Organ ihre Mißbilligung über das Vorgehen ausgedrückt. Dazu besitzt der Diamantarbeiter-Verband ausreichende Munition, so daß er, wie vor zwei Jahren, siegreich aus diesem Kampfe, der obendrein ein internationaler ist, hervorgehen wird.

A. Janzen.

Versammlungsberichte etc.

Berlin II. Zu der am 20. Februar stattgehabten Zahlstellenversammlung waren 108 Mitglieder anwesend. Zu Beginn wird das Andenken des verstorbenen Kollegen Clemens in der üblichen Weise geehrt. Für einen sich in großer Mollage befindlichen Kollegen wird eine Riste in Umlauf gesetzt, welche am Schluß der Versammlung die Summe 17,80 Mk. ergibt. Der Vorsitzende gibt sodann bekannt, in welcher Weise die Verwaltung die einzelnen Funktionen unter sich verteilt hat und verliest die Namen der Bibliothekare, des stellvertretenden Vorsitzenden, der Lohnkommissionsmitglieder und des Vertrauensmannes. Ferner wird mitgeteilt, daß die Verwaltung seinerzeit 25 Mk. für die Grimmitzhauser bemittelt hat, was durch die Versammlung gutgeheißen wird. Es wird sodann zur Aufnahme neuer Mitglieder geschritten und sind außer einigen engeren Berufsgenossen noch 60 Schildermaler und 2 Schilderanzmacher aufzunehmen. Da der Vorstand bereits über die Aufnahme der Letzteren beschlossen und denselben auch nach einiger Zeit eine eigene Zahlstelle zugestanden hat, so ist die Aufnahme durch die Zahlstelle daher nur eine formale und wird nicht wie sonst, durch den Aufruf eines jeden Einzelnen vollzogen. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Aufnahme ein Zeichen der Zeit sei und sei es nur vorteilhaft für die Schildermaler, daß sie sich einer Zentralorganisation angeschlossen haben und nicht, wie es ursprünglich von ihnen geplant war, eine Lokalorganisation gründeten. Selbstverständlich liegt es auch in unserem Interesse, neue Mitglieder zu werben. Er wünscht ferner, daß die Neutretenden die nächste Zeit dazu benutzen sollen, sich zu schulen und die Erfahrung, welche die Zahlstelle Berlin II besitzt, zu Nutzen zu machen und er warnt davor, als nun neuorganisierter Beruf etwa sofort Lohnbewegungen zu inszenieren, wie das häufig zum Schaden der Beteiligten geschieht. Nachdem er noch auf die geselligen Veranstaltungen und Einrichtungen der Zahlstelle Berlin II hingewiesen, wird nach Beendigung des geschäftlichen Teiles von den Sängern der Zahlstelle, durch den Vortrag mehrerer Lieder dem Tag eine besondere Weihe verliehen. Der Kassierer gibt sodann folgenden Kassenbericht für das IV. Quartal 1903.

Einnahme	für hertner Mitglieder	für Einzelmitglieder
Eintrittsgelder	3,00	18,00
Wochenbeiträge	993,00	1655,85
Arbeits	59,00	187,55
Beihilfefonds	92,46	217,30
Für Streifenmarken	115,00	105,00
Auf Listen gesammelt und Erfassung	248,45	37,60
Ausgabe		
Unterstützung, Fahr- und Umzugsgelder	1267,58	855,19
Porto	3,74	35,86
Beihilfe	6,75	134,01
Mitglieder	212 Person.	487 Person.

Anknüpfend an den Bericht wird bemängelt, daß sich wiederum eine Anzahl Kollegen haben streichen lassen und wird gewünscht, diesen Kollegen mit völliger Nichtachtung zu begegnen. Längere Diskussion erfordert ein Antrag, den Getrauer-Schulungsgesetz durch einen Delegierten der Zahlstelle zu beschicken, im Hinblick auf die Kosten und die schon beschlossene Delegation des Verbandsvorsitzenden durch den Vorstand sieht die Zahlstelle jedoch davon ab. Es wurde indes der Wunsch ausgesprochen, daß nach beendeter Kongresskoll. Wollmann die Lehren und die allgemeinen Beschlüsse desselben der Zahlstelle als Referat vorzutragen würde. Da der Vorsitzende und der Delegierte kürzlich einer Versammlung der Gewerkschaftskommission, wo über die Konsum- und Genossenschaftsbewegung durch einige der bedeutendsten Führer dieser Bewegung referiert worden ist, beigewohnt haben, und diese Zusammenkunft nur eigens zu dem Zwecke geschehen ist, um die Gewerkschaften auf die Bedeutung der obigen Bewegung hinzuweisen, wird von den Betreffenden angefragt, ob die Versammlung einen Bericht wünscht oder ein besonderer Vortrag stattfinden soll. Die Versammlung entscheidet sich für letzteres und wird der Verwaltung die Gewinnung eines geeigneten Referenten überlassen. Ein Antrag der Verwaltung, die Namen der Kollegen, welche mit den von der Zahlstelle beschlossenen Extrabeiträgen und den Formularen zur Lohnstatistik noch rückständig sind, zu verlesen, wird angenommen. Von den Fächermalern wird über den gegenwärtigen Stand der Situation berichtet, daß dieselbe wenig verändert sei. Längere Diskussion erforderte die Frage, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die Differenz gleich zu Beginn zu publizieren und die Sperre von Anfang an zu beantragen, es wird aber festgestellt, daß bei den Fächermalern davon wenig abhängt. Die Erledigung der Sozialfrage für die Matfeier wird der Verwaltung überlassen. Nach einem früheren Beschluß der Zahlstelle können Kollegen, welche mehrere Jahre Mitglied und länger als 4 Wochen arbeitslos sind, einen Zuschuß aus dem Extrafond der Zahlstelle erhalten. Da der Fond aber aus den Ueberschüssen von Veranstaltungen und Festen zusammengebracht wird, so sollen künftig Kollegen, welche den Vergünstigungen fern bleiben, also zu denselben nichts beisteuern, diesen Zuschuß nicht mehr erhalten. Von einigen Kollegen wird auf das bevorstehende erste Stiftungsfest des Gesangsvereins hingewiesen. Ein Mitglied der Zahlstelle beschwert sich, daß die Verwaltung einen ihr angebotenen Vortrag über die Schädlichkeit des Alkoholkonsums nicht angenommen hat. Von Seiten der Verwaltung wird darauf hingewiesen, daß ein ähnlicher Vortrag erst vor kurzem gehalten wurde und die Menge des Materials keine Zeit für den Vortrag übrig ließ. Dem wird von der Versammlung zugestimmt und die Diskussion hierüber durch einen Schlußantrag beendet. Ein Kollege von den Schildermalern spricht im Namen seiner Berufskollegen den Dank für den herzlichen Empfang und die Mühe, welche die Organisation der Kollegen verursacht hat, aus und hofft daß es ihnen gelingen werde, den gesteckten Zielen nahezukommen.

Güttensteinach. Die letzte Zahlstellenversammlung vom 22. Februar beschäftigte sich außer mit Kassen- und internen Angelegenheiten in der Hauptsache mit dem auf die Tagesordnung gesetzten Punkt „Agitation“. Wenn auch die Versammlung schwach besucht war, so war doch die gegenseitige Aussprache eine recht eingehende. Als tief bedauerlich wurde es besonders bezeichnet, daß von dem Schönau'schen Malerpersonal immer mehr dem Verbands den Rücken kehren. Ursachen und Wirkungen dieses Vorkommnisses fördernden recht lehrreiches Material zu Tage und wird sich die Agitationskommission mit der Zahlstellenverwaltung demnächst eingehender mit dieser Art „inneren Mission“ beschäftigen müssen. Es ist tatsächlich für eine Zahlstelle wie Güttensteinach ein recht beschämendes Zeugnis, derartige Zustände der Deffektivität übergeben zu müssen und wollen nur hoffen, daß auch hier bald eine Wendung zum Besseren eintreten möge. Wir verstehen nicht gut, wie es möglich ist, daß in einem so industriellen Bezirk, wie der untrige, in einem Reichs- und Landtagswahlkreis, welcher seit langer Zeit sozialdemokratisch vertreten ist, es Arbeiter mit

so rückständigen Anschauungen geben kann. Allerdings, bei solchen Elementen, denen das persönliche Interesse über dem der Allgemeinheit steht, ist es nicht gerade besonders verwunderlich. Allein die Tatsache, daß in einer schwachen Stunde Herr Dr. Ehrlich in Schlierbach sich zu dem Bekenntnis hat hinreißen lassen, daß sich der keramische Verband die Vernichtung unserer Organisation zur Aufgabe gemacht hat, müßte genügen, auch dem simpelsten keramischen Arbeiter die Augen zu öffnen. Wir wissen allerdings auch, daß ein großer Teil ihren Austritt mit dem Vermögensrückgang und mit der Unzufriedenheit mit der Hauptleitung motiviert; aber die letzten Quittungen über eingegangene Beiträge seitens anderer Gewerkschaften beweisen doch zur Genüge, daß die Solidartät keine leere Phrase ist. Ein Feigling aber ist überhaupt derjenige, welcher in kritischen Zeiten seine Arme im Stich läßt. Wir wollen uns der angenehmen Hoffnung hingeben, daß es denen, welche dazu berufen sind, gelingen möge, die uns Fernstehenden wieder zurück zu gewinnen.

s. Nymphenburg. In der am 20. Februar stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, 20 Mk. vom Reingewinn des Stiftungsfestes dem Hauptvorstand für die Ausgesperrten und 10 Mark davon dem Gewerkschaftsverein in München für die Ermittlung zu überweisen. Des ferneren wurde von Mitgliedern auf die hohen Verwaltungskosten aufmerksam gemacht, die der Beihilfefonds zu Lasten hat, welche in gar keinem Verhältnis zu der Mitgliederzahl des Beihilfefonds und zu der Mitgliederzahl und Verwaltungskosten des Verbandes stehen und spricht die Versammlung den Wunsch aus, es möchte eine der Mitgliederzahl des Beihilfefonds entsprechende Reduzierung der hohen Verwaltungskosten desselben stattfinden.

Wunstedel. Bericht der letzten Versammlung. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 8 1/2 Uhr in Anwesenheit von 24 Mitgliedern. Nach Erledigung des Beitragszahlens und Verlesen des Protokolls wurde zum Punkt Geschäftliches geschritten. Der Vorsitzende machte Mitteilung über die mit Arzberg und Redwitz gepflogene Korrespondenz betreffs Regelung der Kartellbeiträge. Beide Zahlstellen gaben keine bestimmte Antwort, sondern wollten ihren Delegierten zum Kartell entsprechende Anweisung geben, wovon man aber bis jetzt noch nichts hörte. Der Abschluß über den Maskenball wurde zurückgestellt. Die Berichterstattung vom Kartell hätte beinahe auch zurückgestellt werden müssen, da beide Delegierte durch Abwesenheit glänzten. Da jedoch die Beschlüsse der letzten Kartellversammlung bekannt waren, wurde zur Diskussion hierüber geschritten. In erster Linie erregte die Besetzung des § 9, wonach 50 pSt. der Einnahmen in den Streikfonds kamen, starkes Befremden und wurde die Gültigkeit allseitig angezweifelt. Einestells, weil dieser Antrag den dem Kartell angehörigen Gewerkschaften vorher nicht mitgeteilt und entsprechend begründet wurde, andernteils das Kartell den bei der Gründung gestellten Aufgaben jetzt nicht mehr nachzukommen vermag. Diese Handlungsweise ist allerdings nur die Folge vorheriger Kartellbeschlüsse, wonach das Auskunfts-bureau den größten Teil der Einnahmen des Kartells aufzehrt, daher zur Aufklärung der Kartellangehörigen sehr wenig übrig bleibt, und für den Streikfonds gar nichts. Durch die Ausdehnung des Kartells, dem mehrere größere Orte angehören, kommen ja die Agitationskosten ziemlich hoch zu stehen, aber dies sollte die Kartellleitung am wenigsten abschrecken, ihre Pflicht zu thun. Daß im letzten Jahre in dieser Hinsicht nichts geleistet wurde, beweist die Jahresabrechnung. Die Ausgaben für Agitation waren gleich Null, Versammlungen wurden keine abgehalten. Die Mitglieder fragten sich mit Recht, wozu sie eigentlich ihre 20 Pfg. Beiträge bezahlen, für die wirklichen Aufgaben des Kartells oder für das Auskunftsbureau. Die Versammlung ist kein direkter Gegner des Auskunftsbureaus, hat jedoch die Meinung, daß das Kartell erst den Verpflichtungen seinen Mitgliedern gegenüber nachkommen soll, ehe es Unorganisierten beibringt. Es hat noch niemand einem andern einen Dienst erwiesen, wenn er selbst die Kraft dazu nicht hatte. Es wurde beschlossen, in Form einer Resolution, sich gegen den Beschluß zu wenden. Ferner wurde zur Kenntnis gebracht, daß unser Antrag betr. Abhaltung eines Vortrages über das Krankenkassen- oder Invalidenversicherungswesen vom Kartell akzeptiert wurde und man sich an Gen. Dorn in Nürnberg wenden solle; des weitern die Bewilligung von 52 Mk. für die Zettauer und Schlierbacher, welcher Betrag durch Sammeln aufgebracht und erst für die Ermittlung bestimmt war. Unter Anträge und Beschwerden stellt das Malerpersonal den Antrag: Für die Dauer der beschränkten Arbeitszeit und des dadurch auf ca. die Hälfte gesunkenen Verdienstes die Befreiung von den Extrabeiträgen beim Hauptvorstand zu beantragen. Selbstger wird angenommen und hat die Verwaltung

das Weitere zu besorgen. Hierauf erfolgte eine ausgedehnte Diskussion über die Statistik und die noch nicht verschmerzte Pflichtversicherung. Auf die Mahnung des Kassierers, die Statistik nicht zu vernachlässigen und der Kontrolle keine Schwierigkeiten zu machen, gaben mehrere Mitglieder ihren Unwillen hierüber kund, so ungerechtfertigt er auch ist. Sie sagten darüber, daß nach dieser Statistik auch die Beiträge bemessen würden und dadurch mancher in die Versuchung kommt, lieber in der Statistik einen falschen Verdienst anzugeben, als einen höheren Beitrag zu zahlen. Die Mitglieder vergessen hierbei, daß sie sich durch ein solches Verfahren selbst aufs schwerste schädigen und den Interessen der Organisation stille entgegenarbeiten und daß die Ergebnisse der Statistiken zum Teil als Material für das Reichsstatistische Amt verwendet werden; schon aus diesem Grunde müssen die Angaben peinlich genau gemacht werden. Es mögen die Mitglieder sich dies zu Herzen nehmen andernfalls es für sie immer wieder üble Folgen bringen muß. Die Zwangsversicherung hätte ihren Zweck, das ist die Sanierung der Kasse, verfehlt. Bei der Selbstversicherung wäre die Kasse besser gesafren, als jetzt, und wir hätten dadurch doch nur Mitglieder verloren, soviel freiwillige Beiträge würden auch nicht mehr bezahlt, hieß es. Die Mitglieder übersehen hierbei viel. Sie sollen sich vorerst die Lage des Verbandes vor Augen führen. Würden wir in denselben Verhältnissen stehen, wie zur Zeit der günstigen Geschäftskonjunktur vor 1900, wo verhältnismäßig wenig Unterstützung ausbezahlt wurde und größere Differenzen oder Streiks auch nicht stattfanden, so würden wir zum mindesten den damaligen Höchststand des Vermögens heute schon überschritten haben. Aber die Zeiten haben sich geändert. Es herrschen heute nicht mehr die fast friedlichen Zustände. Die Krise, die soviel Mitglieder arbeitslos machte, die Kämpfe, die uns aufgezwungen wurden, wie Lettau und Schlierbach legen ein berechtigtes Zeugnis darüber ab, was unsere Kasse jetzt zu Lasten hat. Die durch die Zwangsversicherung erhöhten Unterstützungsausgaben werden am besten unsere arbeitslosen Mitglieder zu würdigen wissen, ebenso wie unsere kämpfenden. Bei letzteren hauptsächlich wird dadurch die Widerstandsfähigkeit erhöht und die Aussicht auf Sieg liegt näher. Die Mitglieder sollten doch endlich einsehen, daß die jetzige Beitragszahlung nur zu ihren Gunsten selbst eingeführt ist und wie oben erwähnt, nicht die Schuld hat an dem schlechten gegenwärtigen Stand der Kasse. Nachdem noch die Sozialfrage angeschnitten, dabiet jedoch nichts erzielt wurde, wurde die Versammlung um 1/2 12 Uhr geschlossen.

Adressen-Nachtrag.

- Amberg.** Schriftf.: Johann Dohmeier, Dreher, Paradiesgasse B 98.
Düsseldorf. Schriftführer: Carl Zinleder, Maler, Bürgerstr. 10.
Bohenstrauß. Schriftf.: Herm. Söllner, Maler, bei Gastwirt Piller.
Neustadt. Vors.: Franz Luther, Coburgerstraße. — Kass.: Andr. Braunschmidt, Weidacherstraße. — Schriftf.: Robert Amhof, Mühlgraben 3, sämtlich Auschnetter. — Rev.: Ernst Meckold, Maler, Gartenstr. 1.

Versammlungskalender.

- Mithaldensleben.** Sonntag, den 6. März, abends 7 Uhr bei Fürstenberg. Erscheinen Aller ist Pflicht.
Amberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „auf der Alm“. Lohnstatistiken 1904 sind mitzubringen, ohne dieselben werden keine Beiträge entgegengenommen.
Arzberg. Sonntag, 6. März, nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal. Bibliothekbücher, sowie Quittungsbücher sind abzuliefern.
Berlin II. Montag, den 7. März bei Wollschläger. Verwaltungssitzung.
Blauenhain. Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr bei Tröbers. Sämtliche Bibliothekbücher sind abzuliefern.
Döbeln. Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr in Hempels Restaurant. Erscheinen aller ist notwendig. Vortrag des Genossen Wünschmann. Bibliothekbücher sind mitzubringen.
Gaggenau. Montag, den 7. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Strauß, Ottenau. Wegen wichtiger Tagesordnung. Wahl eines Schriftführers und Bibliothekars, werden die Mitglieder um vollzähliges Erscheinen ersucht. Zwecks Zahlen der Beiträge sind die Quittungsbücher mitzubringen.
Gotha. Sonnabend, 12. März, abends 8 Uhr im Restaurant zur Erholung. Wegen wichtiger Tagesordnung (Sozialfrage) Erscheinen notwendig.
Gräfenhain. Sonntag, den 6. März, nachmittags, im Schießhaus. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht.

Gräfenroda. Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Die rückständigen Bibliothekbücher sind abzuliefern. Sämtliche Beitragsreste sind zu begleichen. Erscheinen Aller gewünscht.

Gräfenthal. Sonntag, den 13. März, nachmittags 1/2 8 Uhr im „Schloßhaus“.

Grünstadt. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Zugleich wird um Bezahlung der Extrabeiträge ersucht.

Herrnsdorf. Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr, in der Centralhalle. Tagesordnung: Quartalsabschluss, Stiftungsfest, Stellungnahme zu dem schlechten Versammlungsbesuch, resp. Auflösung der Zahlstelle.

Ilmenau. Sonnabend, den 5. März, im Erbsprinz. Zahlreich erscheinen!

Kahla. Sonnabend, 5. März, abends 8 Uhr im Rosengarten.

Pöln. Dienstag, den 8. März, Abends 9 Uhr in Abel's Restaurant, Sahnensir. Erscheinen Aller notwendig.

Pöln-Chrenfeldt. Mittwoch, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Hoven, Benloerstr. 397. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt nötig.

Langewiesen. Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 12. März, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Sämtl. Bibliothekbücher sind abzugeben.

Nürnberg. Sonntag, den 6. März, Vorschlag beim Vereinswirt, Rest. Gelseder. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Nymphenburg. Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr im Vereinslokal Neu-Wittelsbach. Vortrag des Gen. Kurth über: „Werden im Weltall“. Die Mitglieder der Zahlstelle München werden hiermit freundlichst dazu eingeladen.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Sonntag, den 13. März, früh 1/2 10 Uhr im Restaurant zum „Stindenbaum“ zu Offenbach. Die Kollegen werden gebeten die Versammlungen fleißiger zu besuchen und recht pünktlich zu erscheinen.

Dresden. Montag, den 7. März, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Beiträge werden nur in der Versammlung angenommen. Sämtliche Bibliothekbücher sind abzuliefern.

Regensburg. Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr bei Dechant.

Spandau. Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Schwarza. Sonnabend, 12. März, abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller notwendig.

Suhl. Sonntag, den 6. März, im Vereinslokal in Goldlauter (zu den drei Ständen).

Tiefenfurt. Sonnabend, 12. März, abends 8 Uhr im Vereinslokal. — Das Stiftungsfest kann besonderer Umstände halber erst am Sonnabend, 5. März stattfinden.

Vegeßack. Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Erscheinen aller ist dringend notwendig.

Weißwasser. Sonnabend, 5. März, abends punkt 8 Uhr im Kaffee Central.

Witda. Sonnabend, den 5. März im Lokal Leichert.

Berlin! Schildermaler!
Dienstag, den 8. März 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engeluser 15, Saal 5. Alle uns noch fernstehenden Kollegen sind hiermit freundlichst eingeladen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Der Vertrauensmann,
Reinhold Buchholz, Großbeerenstr. 19 IV.

Berlin II. Alle Kollegen, welche in der letzten Versammlung nicht anwesend waren, resp. ihre Adresse nicht abgegeben haben, werden ersucht, dieselbe an Unterzeichneten mit Angabe der Beschäftigungsstelle, bis spätestens 12. März einzusenden. Sollte die Adresse am 1. April eine andere werden, ersuche auch um diese. Wer die Angabe unterläßt, bekommt vom 1. April keine Amesse mehr zugesandt.
Carl Munk, SO 26, Reichenbergerstr. 28 II.

Burggrub. Sonntag, den 6. März 1904, nachmittags 4 Uhr findet im Saale der Wittwe Höring unser diesjähriges

Stiftungsfest
verbunden mit Konzert und humoristischen Vorträgen und unter Mitwirkung der Glasarbeiter zu Stockheim statt, wozu wir alle Freunde und Festgönner freundlichst einladen.

Sittensteinach. Porzellanarbeiter, welche hier in Stellung zu treten gedenken, wollen sich zuvor bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen.

Röppelsdorf. Ersuche die Mitglieder hiesiger Zahlstelle, die noch nicht abgegebenen Lohnstatistiken sofort abzugeben. Am 12. März werden diese bestimmt abgefordert.
Der Kassierer.

Arbeitsmarkt.
Junger, tüchtiger Emaille-Maler,
welcher schon auf Herde und Ofen gearbeitet hat, wird für unsere Herd- und Ofenfabrik sofort gesucht.
Gebrüder Demmer, Eisenach.

Nur tüchtiger Schriftensmaler,
auf Emailleschilder eingearbeitet, für sofort gesucht. (Wochenlohn.)
Arbeitsnachweis
Fritz Schmidt, Frankfurt a. M.
Allerheiligenstr. 70.

Lohnenden
Nebenverdienst

können sich strebsame Leute durch Annahme von Vertretung für photographische Vergrößerungen erwerben.
Kenntnisse nicht erforderlich.

Kunstanstalt M. Schmidt,
Frankfurt a. M.
Allerheiligenstraße 70.

Goldschmied,
verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
Emil Böhme, Eisenberg S.-A.
Man verlange Prospekt. Aaltes Geschäft dieser Art.

Woll und Stoppwolle
empfiehlt Friedrich Glässel,
Kahla S.-A., Margarethenstr. 30.

Sieben ist wieder neu erschienen:
Führer durch das Gewerbe-
Unfallversicherungsgesetz
Preis 25 Pfg. — Porto 3 Pfg.
Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherer, denen es Leiter und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherer sein Recht suchen muß.
Der Verlag:
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.

Alle goldhaltigen Sachen

Otto Seifert
Zwickau S. Osterwühlstr. 18

Goldschmied,
goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pfäfel, Paletten, Flaschen, Kläpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt
H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Für die **Dämpfer um das Koalitionsrecht** gingen vom 16. bis 29. Februar folgende freiwillige Beiträge ein: Altwasser 30,—. Amberg

1,80. Berlin II 315,20. Breslau 24,—. Budaun 8,—. Cobitz —,90. Ebersfeld 4,42. Frankfurt a. d. Oder —,50. Fraureuth 1,56. Geringswalde 2,50. Gotha 50,—. Gräfenhain 2,70. Gräfenhain 24,97. Großbreitenbach 1,44. Herrnsdorf 7,80. Jöhr 18,93. Käferthal 6,92. Kahla 60,—. Kamenz 10,80 (darunter 8,— gesammelt von den wenigen organisierten, unter den vielen, der Berufsorganisation jedoch fernstehenden Malern). Röppelsdorf 23,30. Langewiesen 5,76. Markt-Redwitz 40,48 (darunter gesammelt bei G. Lang 4,20). Meißen 12,50. Meuselbach 5,—. Mitterteich 20,—. Nossen 3,58. Nymphenburg 35,—. Oberhausen 17,34. Oberhohndorf 45,25. Oberhofen 3,28. Oberlind 11,72. Rathenow 3,36. Rehau 22,06. Reichenbach 2,50. Roda 21,60. Schneid 4,04. Schwarzenbach 2,30. Selb 7,32. Sophienau 15,85. Stadtilm 4,48. Suhl 4,80. Tschirnreuth 19,80. Uhlstädt 3,—. Unterhausen 4,95 (darunter der Erlös einer Prägelnuktion im Waldhorn 2,45). Vegeßack 1,92. Worbamm 3,80. Weingarten 1,44. Weißwasser 35,72. Wittenberg 29,70. Dreherpersonal der Firma Rosenthal in Selb 5,50. Seelmann-Kronach gesammelt am Fastnachtsdienstag gelegentlich einer musikalischen Unterhaltung 2,—. Zentralverband der Glasarbeiter 300,—. Zentralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals 14,30. Verband der Buchdrucker, Lokalverein Hannover 50,—. Verband der Maurer, Zahlstelle Wittenberge 30,—. Verband der Metallarbeiter, Zahlstelle Neugersdorf 50,—. Verband der Portefeuller, Zahlstelle Offenbach 30,—. Nossen, durch das Gewerkschaftskartell von den Lederarbeitern 11,65, Metallarbeitern 2,65, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeitern 6,10, in Summa 20,40. Holzarbeiter Gubens, durch das Gewerkschaftskartell 18,80. Berliner Gewerkschaftskommission 6000,—. Gewerkschaftskartelle: Altona 500,—. Arnstadt 20,—. Bant bei Wilhelmshaven 2. Rate 334,—. Baugen 50,—. Blankenburg i. Harz 10,—. Bochum 2. Rate 50,—. Bonn 25,—. Brandenburg 200,—. Braunschweig 100,—. Bremerhafen 2. Rate 123,16. Breitenhain 8,—. Burg b. Magdeburg 1. und 2. Rate 41,10. Chemnitz 100,—. Coepentz 40,—. Darmstadt 1. und 2. Rate 71,50. Dessau 50,—. Dietrichsdorf i. Holstein 13,—. Dortmund 100,—. Duisburg 30,—. Elmshorn 50,—. Erfurt 2. Rate 116,98. Eßlingen 2. Rate 50,—. Fachsenheim 30,—. Frankenthal 30,—. Frankfurt a. M. 3. Rate 400,—. Freiburg i. Schl. 129,80. Friedrichshagen 15,—. Glogau 10,—. Glückstadt 5,—. Göttingen 70,—. Halberstadt 1. Rate 12,10. Heilbronn 400,—. Herne 50,—. Jöhoe 100,—. Kaiserslautern 20,—. Kaufbeuren 5,—. Kiel 300,—. Köln-Chrenfeld 30,—. Lahr i. Baden 10,—. Leopoldshall 20,—. Leuben 100,—. Limbach i. S. 30,—. Lippstadt 1. Rate 11,—. Luckenwalde 1. und 2. Rate 300,—. Ludwigshafen a. Rh. 150,—. Magdeburg 2. u. 3. Rate 256,—. Mannheim 400,—. Meerane 100,—. Memmingen 5,—. Meuselwitz 30,—. Mühlheim a. Rh. 50,—. München 400,—. Neustadt b. Orla 5,—. Nowawes 20,—. Oberhausen 30,—. Pasewalk 10,—. Pfungstadt 30,—. Poesneck 10,—. Randow-Greifenhagen 169,75. Rathenow 50,—. Rawitzsch 10,—. Rendsburg 30,—. Rixdorf b. Berlin 100,—. Sangerhausen 10,—. Schwabach 10,—. Schwab.-Hall 10,—. Schleswig 1. Rate 20,—. Seiffhennersdorf 10,—. Singen a. S. 10,—. Speyer a. W. 50,—. Stettin 150,—. Stuttgart 4. Rate 300,—. Suhl 23,30. Ulm a. D. 40,—. Uelzen, Bezirk Hannover 20,—. Varel i. Oldenburg 10,—. Veßchau 10,—. Wandersbeck 100,—. Weißwasser 20,—. Wilhelmshagen a. Elbe 50,—. Winsen a. Luhe 1. und 2. Rate 30,—. Wiesbaden 2. und 3. Rate 200,—. Wunstedel 2. Rate 20,—. Würzburg 50,—. Zeulenroda 20,—. Zentralwahlverein für Zeltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg 500,—. Wahlvereine: Baugen 20,—. Berlin I 100,—. Cottbus 25,—. Freiburg i. Br. 50,—. Hannover 50,—. Kirchhain N.-L. 15,—. Limbach i. Sachsen 20,—. Neugersdorf 20,—. Rawitzsch 10,—. Rosslau 10,—. Striegau i. Schl. 10,—. Arbeiterbildungsvereine: Langensalza 6,—. Rudolstadt 25,—. Volksverein, Varel i. Oldenburg (Amerikanische Auktion) 21,80. Verein Volkswohl, Nossen, 5,—. Solingen, durch die Expedition der Bergischen Arbeiterstimme 1000,—. **Summa: 16 621,48 Mt.**
Wilhelm Herden, Verbandskassierer.
Charlottenburg, Rosinenstr. 3 II.

Berichtigung. In der Quittung in Nr. 8 der „Ameise“ muß es statt Werben, **Werden** 24,80 Mt. heißen.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **G. W o l l m a n n,** Charlottenburg, Rosinenstraße 3. Druck u. Verlag: **Otto Goerke,** Charlottenburg, **Wallstr. 59.**